

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden sie auf der letzten Seite im Impressum.



Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik

Sommersession: Milde Strafen für Vergewaltiger von **Therese Schläpfer**

Seite 2

Kanton Zürich

Parteispenden gehören zum erfolgreichen Milizsystem von **Domenik Ledergerber**

Seite 3

Aktuell

Stadt bietet keine Lösungen gegen Vermüllung von **Michele Romagnolo**

Seite 4-5

Parlamentsgemeinden

Visionen statt Realismus bestimmen Politik von **Manuel Zanoni**

Seite 6

Veranstaltungs-Tipp

Geopolitik und Sicherheit mit **Benjamin Fischer**

Seite 8

COVID-ABSTIMMUNG

Auch in ausserordentlicher Lage ist der Bundesrat nicht «der Souverän»

Natürlich ist die erneute Verlängerung des Covid-Gesetzes abzulehnen. Doch die Debatte darüber vernebelt den Blick auf viel wichtigere Fragen. Es geht um das Überleben von Demokratie und Rechtsstaat.



Plakat im Bundeshaus verkündet Corona-Schutzmassnahmen.

Bild: Wikipedia

Im Mai erklärte die WHO den Corona-Notstand für beendet, doch der Bundesrat fragt die Schweizer: «Akzeptieren Sie die Änderung des Covid-19-Gesetzes?» Trotz der aktuellen Situation empfiehlt er die Zustimmung. Wir sollen also ein Gesetz beschliessen, von dem bereits im Voraus klar ist, dass die Voraussetzungen für seine Anwendung nicht gegeben sind. Im Zweifelsfall für ein Gesetz! Eine fürchterliche Vorstellung für jeden freiheitlich denkenden Menschen! Die Erläuterungen des Bundesrats sind vage, aber klar ist: Die Verwaltung wird grösser und teurer. Die Debatte um das Bundesgesetz ist wichtig, sie betrifft mehr als nur administrative Fragen. Es geht um grundlegende Prinzipien der Aufklärung und den Kern von Rechtsstaat und Demokratie.

ren Sie die Änderung des Covid-19-Gesetzes?» Trotz der aktuellen Situation empfiehlt er die Zustimmung. Wir sollen also ein Gesetz beschliessen, von dem bereits im Voraus klar ist, dass die Voraussetzungen für seine Anwendung nicht gegeben sind. Im Zweifelsfall für ein Gesetz! Eine fürchterliche Vorstellung für jeden freiheitlich denkenden Menschen! Die Erläuterungen des Bundesrats sind vage, aber klar ist: Die Verwaltung wird grösser und teurer. Die Debatte um das Bundesgesetz ist wichtig, sie betrifft mehr als nur administrative Fragen. Es geht um grundlegende Prinzipien der Aufklärung und den Kern von Rechtsstaat und Demokratie.

Einfalt, statt Vielfalt

«Als die Covid-Pandemie 2020 die Schweiz erreichte, musste der Bundesrat schnell handeln», ist in den Erläuterungen zu lesen. Ob das, was getan wird, auch das Richtige ist, wird nicht infrage gestellt. Ja, es durfte und darf noch immer nicht einmal infrage gestellt werden. Wer nicht spurt, wird ausgegrenzt. Doch diese Verengung des Diskurses ist Gift für unsere Demokratie.

Diese lebt von unterschiedlichen Meinungen. Ohne Schweden, das während der «Pandemie» einen anderen Weg einschlug, wüssten wir nicht einmal, dass ein solcher nicht nur gangbar, sondern erfolgreicher war und geringeren volkswirtschaftlichen Schaden verursachte.

Demokratie kennt keine absolute Wahrheit

Die Lässigkeit, mit der verfassungsmässige Freiheitsrechte durch sogenannte «Corona-Massnahmen» eingeschränkt wurden, muss jeden Demokraten beunruhigen. Aus einem behaupteten Notstand wurden ohne gründliche Güterabwägung einschneidende Massnahmen abgeleitet. Regierungen, die die absolute Wahrheit beanspruchen, verhindern die politische Auseinandersetzung. Damit hat die «Res publica» ein ernsthaftes Problem.

Plötzlich ist nicht mehr klar, wer die Staatsgewalt hat – das Volk oder die Regierung? Nach freiheitlichem Staatsverständnis dient die Verwaltung dazu, dass wir möglichst ungestört als freie Menschen leben können. Doch stattdessen liessen wir einen Apparat heranwachsen, der sich immer stärker in Belange einmischt, die ihn nichts angehen.

Unsere Angestellten haben sich zu Herren über uns gemacht, und kein Minister verschwendet noch einen Gedanken daran, dass «ministrare» dienen heisst. Ging es anfangs nur um kleine Stupser (Nudging), wird heute ganz offen von Lenkung und Umerziehung gesprochen. «Corona» war eine Machtprobe. Dutzende Stellen wissen nun, wie weit sie gehen können. Und mit einem QR-Code als Legitimation lassen sich noch ganz andere Dinge regeln als nur der Zugang ins Restaurant.

SO STIMMEN SIE RICHTIG!

Volksabstimmung vom 18. Juni 2023

Eidgenössische Vorlagen

1. Bundesbeschluss vom 16. Dezember 2022 über eine besondere Besteuerung grosser Unternehmensgruppen (Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen)	JA
2. Bundesgesetz vom 30. September 2022 über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG)	NEIN
3. Änderung vom 16. Dezember 2022 des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)	NEIN

Vorlagen Stadt Zürich

1. Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ein Lohn zum Leben» (Parlamentsreferendum)	NEIN
2. Wohnraumfonds, Objektkredit von 100 Millionen Franken und Rahmenkredit von 200 Millionen Franken	NEIN
3. Wohnraumfonds, Änderung der Gemeindeordnung	NEIN
4. Betriebsbeiträge Pestalozzi-Bibliothek Zürich	JA
5. Schulanlage Saatlen, Ausgaben von 231 Millionen Franken	NEIN

Gläserne Bürger, abgekapselte Verwaltung

Während die Privatsphäre der Bürger dem Druck eines behaupteten öffentlichen Interesses weichen muss, kapselt sich die Verwaltung ab. Dies zeigt sich in befestigungsähnlichen Regierungsgebäuden und einer restriktiven Informationspolitik, wie dem Stillschweigen über Impfstoffverträge. Das Volk soll

zahlen und keine Fragen stellen! Und nur die «New York Times» hatte bisher die Kraft, deswegen eine Klage gegen EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen einzureichen. Wer dem Covid-Gesetz zustimmt, sanktioniert diese Entwicklung.

Fortsetzung auf Seite 2



Claudio Zanetti
Alt Nationalrat SVP
Gossau ZH



Christoph
Mörgeli

Alles falsch am SRF-Neutralitätskurs

«Wie SRF lernt, neutral zu berichten», titelte der «Tages-Anzeiger» halbironisch über einen Online-Kurs für Mitarbeiter des Schweizer Radio und Fernsehens. Kursleiter war Marko Kovic, der sich bei seinen politischen Äusserungen regelmässig zur politischen Linken bekennt. Dass SRF eine linke Schlagseite hat, weiss man nicht erst seit gestern. Eine vom Nationalfonds unterstützte Studie hat belegt, dass sich 70 Prozent der Radio- und Fernsehjournalisten der SRG als «politisch links» bezeichnen. Und die meisten der verbleibenden 30 Prozent dürften ihr linkes Weltbild als gemässigt beurteilen und sich in der «Mitte» wähnen.

Der Online-Kurs des linken Sozialwissenschaftlers Marko Kovic krankte grundsätzlich daran, dass er die SRF-Journalisten als Opfer darstellte: als Opfer von Manipulationen, unbewussten Denkfehlern und Verzerrungen. Falsch. Die SRF-Journalisten sind mit ihrer linken Berichterstattung nichts als Täter. Opfer ihrer politischen Einseitigkeit, Kritiklosigkeit und Einfachheit sind einzig die zahlenden Zuschauer. Die ganze Übungsanlage von Kovic war falsch – ein heuchlerisches Scheingefecht.

Der von SRF-Chefredaktor Tristan Brenn so vollmundig angekündigte Kurs ist ein bis zur Peinlichkeit durchschaubarer Schachzug, die nahende «200-Franken-Initiative» abzuwehren. Vor allem ist Marko Kovic der völlig falsche Experte für die SRF-Neutralitätsprobleme. Dazu disqualifizieren ihn schon seine politisch überaus einseitigen Stellungnahmen und seine Selbstdeklaration als «Sozialist».

Auch seine Herkunft als Sohn kroatischer Wirtschaftsmigranten scheint ihn wenig zu sensibilisieren. Denn es gibt nur wenige Länder, die ihre ethnischen Minderheiten dermassen geplagt und vertrieben haben wie Kroatien. Nur schon deshalb sollte sich Marko Kovic zurückhalten mit Kritik an der bürgerlichen «rechten» Schweiz, die seit 1848 ein einmaliges Wirtschaftswunder und seit noch viel längerem das friedliche Zusammenleben verschiedener Kulturen ermöglicht hat. Merken müsste dies auch SRF, unsere öffentlich-rechtliche Geltungsbedürfnisanstalt.

Fortsetzung von Seite 1

Souveränität zeigt sich am Ausnahmezustand

Aussergewöhnliche Situationen erfordern aussergewöhnliche Massnahmen, doch die Verfassung und die darin verankerten Rechte müssen gerade dann bewahrt werden. Die Anwendung von Notrecht sollte nicht leichtfertig erfolgen. Der ebenso umstrittene wie bedeutende deutsche Staatsrechtler Carl Schmitt (1888–1985) brachte es in seinem berühmten Satz auf den Punkt: «Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.» Am Ende zählt nur, wer die Autorität und die Macht hat, ihn auszurufen und so das bisherige Regime durch ein neues zu ersetzen. Die Gewaltentrennung und «Checks and Balances» sind dafür gedacht, dass nicht ein Einzelner über den Ausnahmezustand entscheidet, wie es bei Corona geschah. Dies untergräbt die Volks-

souveränität. Wer dem Covid-Gesetz zustimmt, stärkt die Exekutive und schwächt Volk und Legislative.

Das Schweizer Parlament räumte der Regierung vor dem Zweiten Weltkrieg Notstandsrechte ein, was jedoch die Demokratie einschränkte und das Volk seiner Kontrollrechte beraubte. Erst 1949 – also mehr als vier Jahre nach Kriegsende! – konnte das Stimmvolk den hohen Herren zu Bern seine Souveränität wieder abringen. Es brauchte dafür die von Waadtländer Freisinnigen und Liberalen lancierte Volksinitiative «Rückkehr zur direkten Demokratie», die mit einer knappen Mehrheit von 50,7% Ja angenommen wurde. Alle Regierungsparteien – auch SP und SVP! – empfahlen Ablehnung. Die Stimmbeteiligung betrug 42,52%. Die Mehrheit der Stimmberechtigten stand dem Volksbegehren also gleichgültig bis ablehnend gegenüber. Schon damals empfanden offenbar viele staatliche

Gängelung als kommod und Eigenverantwortung als Belastung. Wer das auch so sieht, wird dem Covid-Gesetz zustimmen.

Enorme finanzielle Belastung

Die frühere Zustimmung zum Covid-Gesetz lag vor allem an der grosszügigen staatlichen Finanzhilfe. Mit den entsprechenden Mehrheiten gibt es nie wieder irgendwo Finanzierungsprobleme. Verdrängt wird allerdings, dass ein Staat, der alles gibt, auch alles nehmen kann. Die tektonische Verschiebung der Macht von der Legislative zur Exekutive ging mit einem schwindelerregenden Anstieg der Staatsausgaben einher. Wer will schon an Geld denken, wenn der Tod an die Tür klopft? Allerdings wollte auch niemand gegenüber den Wählern Verantwortung übernehmen. Was lag also näher, als dem Bundesrat die Kompetenz zu geben, das zu tun, was er für richtig hielt?

Seit «Corona» spielt Geld keine Rolle mehr. Geld lässt sich bei der Nationalbank bestellen. Bereits im April 2020 veranschlagte Finanzminister Ueli Maurer die Kosten der Hilfsprogramme auf 70 bis 80 Milliarden Franken, was praktisch einem zweiten Bundeshaushalt entspricht. Beschlossen innert weniger Stunden. Mit atemberaubender Lässigkeit! Damit häufte der Bund einen grossen Teil der rund 33 Milliarden Franken, um die er seine Schulden über 15 Jahre hinweg – «nach dem Willen des Volkes!» – abzubauen vermochte, wieder an.

Seit Ende des Zweiten Weltkriegs gab es kein Jahr, das einen so starken Schuldenanstieg verzeichnete wie 2020. Ein NEIN zum Covid-Gesetz ist darum auch eine Absage an eine Politik des finanziellen Laissez-faire.

Dieser Artikel erschien zuerst in leicht veränderter Form im Nebelspalter.

BERICHT AUS BERN

Arbeitsintensiver Beginn der Sommersession 2023

Teure Verpflichtungskredite für den Agglomerationsverkehr und dessen Ausbauschritte sowie die Kostenbremse-Initiative im Gesundheitswesen, initiiert von der Mitte, dominierten die erste Woche der Sommersession. Die Strafrahenharmonisierung, die Renteninitiative und die Verpflichtungskredite für den Agglomerationsverkehr standen nebst dem Windexpress in der zweiten Woche zur Debatte.



Therese Schläpfer
Nationalrätin SVP
Hagenbuch

Als erstes fanden die Vereidigungen der Nachfolger von Yves Nydegger SVP (Genf) und Esther Friedli SVP (St. Gallen) statt. Danach wurden beide verabschiedet. Zur Vereidigung von Esther Friedli im Ständerat reiste auch Toni Brunner an. Seine Anwesenheit lockerte die Stimmung im Bundeshaus sichtlich auf und sorgte für einen stimmungsvollen Start in die Sommersession. Bei unseren männlichen Kollegen warf der grüne Blazer von Esther Fragen auf. Ich konnte sie beruhigen und wies sie darauf hin, dass die farbliche Zusammensetzung ihres Outfits den Kantonsfarben ihres Heimatkantons entsprachen. Eine gelungene und wohlüberlegte Geste der neuen Ständerätin und sicher hilfreich für die Wiederwahl.

Ausbau der Nationalstrassen bitter nötig

Der Zahlungsrahmen für die Nationalstrassen 2024–2027, deren Ausbauschritte und der Verpflichtungskredit brauchten Zugeständnisse. Laut den Verkehrsprognosen des Bundes werden bis 2040 rund 453 Kilometer, etwa 20% des schweizerischen Nationalstrassennetzes regelmässig überlastet sein, falls keine Gegenmassnahmen getroffen werden. Auf fast 170 Kilometern wird es täglich während zwei bis vier Stunden Staus oder stockenden Verkehr geben. Die grossen Städte und Agglomerationen sind von den Engpässen am stärksten betroffen. Vom Bundesrat liegen vier Entwürfe vor. Nun ist uns ja bekannt, wie gut die Prognosen des Bundesrates stimmen. Also sollten wir wahrscheinlich noch mit ein paar Prozent mehr Stau und somit mehr Strassen und Kosten planen. Dem Zahlungsrahmen für Unterhalt, Betrieb und Anpassungen auf den bestehenden Nationalstrassen wurde zugestimmt. Somit werden eine gute Nationalstrasseninfrastruktur gewährleistet und die Betriebs- und Sicherheitsausrüstungen harmonisiert und die nötigen Verkehrsmanagement-Anlagen, die Schwerverkehrs-Kontrollzentren und Lastwagen-Abstellplätze, eingerichtet.

Dem Ausbauschritt 2023 sowie dem dafür nötigen Verpflichtungskredit mit den Projekten «Wankdorf-Schönbühl A1 Bern», «Schönbühl-Kirchberg A1 Bern», der «Rosenbergtunnel A1 St. Gallen», der «Rheintunnel A2 Basel» und der «Fäsenstaubtunnel A4 Schaffhausen» hat der Nationalrat ebenfalls zu-

gestimmt. Bei der Bereinigung der Netzfertigstellungsprojekte wurden das «Zürcher Ypsilon» und das Projekt «Eglisau» nicht bewilligt. Beim Projekt «Eglisau» muss bemerkt werden, dass unser grüner Regierungsrat bedauerlicherweise mit angezogener Handbremse unterwegs ist. Die Grünen und Linken votierten ständig, dass jede Strasse mehr Verkehr bringe. Die Zuwanderung erwähnten sie nie. Für Zuwanderer opfern sie gerne Kulturland. Dass diese aber auch mobil sein wollen und Strassen brauchen, lassen sie geflissentlich ausser Acht.

«Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit»

... oder auch «Stopp Impfpflicht» heisst die Volksinitiative der Freiheitlichen Bewegung Schweiz. Sie wurde im Dezember 2021 eingereicht. Das Verhalten des Bundesrates während der Covid-19-Pandemie hat sie dazu bewegt. Der Zwang zu Massnahmen, wie beispielsweise die Zwei- und Drei-G-Regel, das Zertifikat, einhergehend mit einem faktischen Ausschluss eines Teils der Gesellschaft und dem ebenfalls faktischen Impfpflicht, hat sie veranlasst, diese Initiative aufzugleisen. Die Initianten wollen mit einer Verfassungsänderung eine Impfpflicht und bei Bekämpfungsmassnahmen übertragbarer Krankheiten eine Differenzierung der Bevölkerung nach Impfstatus ausschliessen. Dem Bundesrat hat es gefallen, während des Notrechts eigenmächtig zu regieren. Er beauftragt das Parlament, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen.

Momentan steht die Schweiz mit der WHO in Verhandlungen über deren Pandemievertrag. Mit diesem Vertrag soll unserer Bevölkerung das Mitspracherecht bei WHO-Entscheidungen vollständig entzogen werden. Die Initiative ist ein Fingerzeig, dass sich die Bevölkerung dagegen wehrt. Das Parlament ist – ausser unserer Fraktion – dem Bundesrat gefolgt.

Kostenbremse im Gesundheitswesen

Bei der Initiative der Mitte «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen» mussten noch Differenzen bereinigt werden. Unsere Fraktion ist dafür, dass die HTAs (Health Technology Assessments), sprich die Überprüfungen der erbrachten Leistungen, vermehrt angewendet werden sollen. Leistungen, welche die WZW-Kriterien (Wirksamkeit, Zweckmässigkeit, Wirtschaftlichkeit) nicht mehr erfüllen, sollen gestrichen werden. Tarmed soll ebenfalls zur Kostendämpfung korrigiert werden. Die Ablösung – der Tardoc – könnte ebenfalls zu einer Kostenein-

sparung im Gesundheitswesen beitragen. Die Leistungserbringer möchten diesen seit Jahren einführen, das BAG blockiert diesen aber immer noch. Für tiefere Prämien bräuchte es mehr Eigenverantwortung der Patienten und eine Einschränkung oder Reduktion des Leistungskatalogs. Leider wird immer das Gegenteil gemacht. Mit Versprechungen wird der Leistungskatalog ausgebaut und Wählerstimmen werden gewonnen. Erst bei der Prämienrechnung ärgern sich dann die Leute.

Zweite Woche im Zeichen der Strafrahenharmonisierung

Bei der Strafrahenharmonisierung des Sexualstrafrechts schliesst sich der Nationalrat der ständerätlichen Formulierung beim Tatbestand des sexuellen Übergriffs und der Vergewaltigung an, welche das «Freezing» ausdrücklich erwähnt, und sie begrüsst die neue Möglichkeit, Täter zu Präventions- und Lernprogrammen zu verpflichten. Ob solche Lernprogramme – quasi Nacherziehungsprogramme für nicht integrierte und unserer Kultur fremde Migranten – präventiv wirken, muss angezweifelt werden. Leider wird es aber immer noch möglich sein, dass Vergewaltiger ihre Strafe mit Geld sühnen können. Eine aus unseren Reihen geforderte, unbedingte Gefängnisstrafe lässt immer noch auf sich warten. Unglaublich, dass genau jene Frauen, wie Sibel Arslan oder Tamara Funicello, nur bedingte Strafen begrüssen, welche immer wieder Vorstösse dafür einreichen, dass Vergewaltigungsoffer bessere Anlaufstellen und eine bessere Betreuung bekommen. Mit bedingten Strafen ist eben die Wahrscheinlichkeit gross, dass Ausländer einer Ausschaffung entgehen.

Der Windexpress zog mit beschleunigtem Tempo durchs Parlament. Bei geplanten Windkraftanlagen wird die Bevölkerung nur spärlich informiert und es wird auch keine Vernehmlassung durchgeführt. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass sich in den Gemein-

den immer mehr kritische Stimmen melden. Der Nationalrat hat nun dem Vorschlag des Ständerates zugestimmt, der sagt, dass ein Nutzungsplan von der Gemeinde beschlossen werden muss, bevor er rechtskräftig wird.

Renteninitiative

Mit 44 Rednern stiegen wir in die Diskussion der Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge» – besser bekannt als «Renteninitiative» – ein. Lanciert wurde sie von den Mitte und den bürgerlichen Jungparteien. Sie verlangt die Koppelung des Renteneintrittsalters in die AHV an die Lebenserwartung. Dazu soll erstmal das Renteneintrittsalter auf 66 angehoben werden und danach laufend an die Lebenserwartung angepasst werden. Nun ist die Revision der AHV noch nicht lange her und nur knapp durchgekommen. Deshalb muss befürchtet werden, dass diese Vorlage an der Urne keine Mehrheit finden wird. Mit einer Stimme mehr entschied sich das Parlament für die Rückweisung an die Kommission. Dort soll eine bessere Lösung, wie beispielsweise eine Lebensarbeitszeit, ausgearbeitet werden.

Abseits der Traktanden

Zur Feier des 100-Jahre-Jubiläums des Zollabkommens mit Lichtenstein empfing die vereinigte Bundesversammlung den Präsidenten der Abgeordneten des Fürstentums Lichtensteins, Herr Albert Frick, und den Landtag zu einem schlichten Festakt im Ratsaal.

Nur wenigen ist bekannt, dass auf den Dächern des Ostflügels des Bundeshauses Bienen zu Hause sind. Unter fachkundiger Führung der Imker von «apisuisse» wurde uns ein kurzer Einblick gewährt. Wir erfuhren viel Wissenswertes über das Leben von Bienen, deren Völker, ihre Bedürfnisse und die Herausforderungen für die Imker. Das Problem seien nicht die Anzahl Bienenvölker, sondern die fehlenden Blühflächen. Wenn Sie also in Verzug sind mit Rasenmähen und darin Blumen blühen, müssen Sie sich nicht ärgern. Die Bienen werden es Ihnen danken und Ihre eigene Zufriedenheit ist auch wiederhergestellt.



SP-«Feministinnen» setzen sich für milde Strafen für Vergewaltiger ein. Bild: Bing AI

AUS DEM KANTONS RAT

Über Effizienz, Stau in Eglisau und Flughafen-Bashing



Barbara Grüter
Kantonsrätin SVP
Rorbass

Die 4. Ratssitzung war reichlich beladen mit Entgegnungen und Zuweisungen. Diese gehen in der Regel flott voran und man kann stolz sein, wenn die Traktandenliste so schnell voranschreitet. Aber vor besagten Entgegnungen waren da noch ein dringliches Postulat und eine dringliche Interpellation, welche den Traktandenabbau mal wieder über den Haufen warfen ...

Das dringliche Postulat «Brückensanierung Eglisau-Alternativmassnahmen» von Romaine Rogenmoser und weiteren Unterstützern aus FDP, Die Mitte und EVP gab einiges zu diskutieren. Und wenn es um Eglisau geht, geht es meistens um Verkehr, eine Umfahrung, Stau, noch mehr Verkehr und noch mehr Stau, immer noch keine Umfahrung und viele Emotionen. Aber alles von vorne.

Die Fehlplanung Eglisau

Die Baudirektion des Kantons und die Gemeinde Eglisau beabsichtigen, die offenbar dringliche Brückensanierung in Eglisau voranzutreiben. An diese Sanierung sind diverse weitere Massnahmen wie Radwege, Rückbau Kreisel, Tempo-30-Zone und Weiteres gekoppelt. Die für die Bevölkerung viel wichtigere Umfahrung Eglisau wird weiterhin erfolgreich ignoriert und verzögert. Anfang 2023 wurde die Öffentlichkeit über die Durchführung der Brückensanierung

informiert, also wie die Verkehrsführung während der dreijährigen Sanierungs- und Bauphase geplant ist. Seither ist die betroffene Bevölkerung im Rafzerfeld in Sorge. Zu Recht. Viele Fragen blieben unbeantwortet oder die Regierung schmälert die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger.

Täglich 22 000 Autos, also mehr als am Gotthard, sollen umgeleitet werden bzw. mit einer einseitigen Verkehrsführung an der reibungslosen Durchfahrt Eglisaus gehindert und mit unendlich langen Umwegen um das ganze Rafzerfeld, Irchel und Embrachertal geleitet werden. Die Betroffenen werden mit Stau, Chaos und Lärm gequält sein, die Blaulichtorganisationen in ungewohnt hohem Masse beeinträchtigt, was die Sicherheit einschränkt, und das Gewerbe wird vom wirtschaftlichen Arbeiten faktisch ausgeschlossen. Und dies über drei Jahre. Das ist untragbar und fehlgeplant.

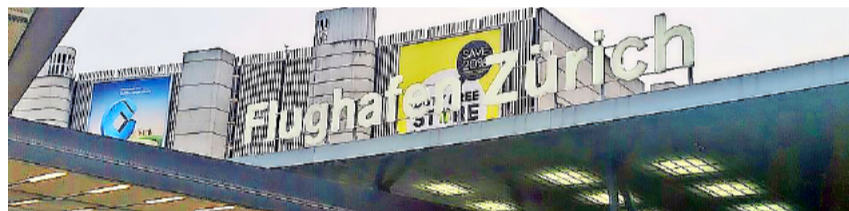
Der vorliegende Vorstoss soll darauf abzielen, eine verträglichere und bessere Lösung zu finden. Der Regierungsrat muss Willens sein, hier für bessere Lösungen zu sorgen. Ob das nun mit einer Notbrücke sein wird, oder mit einer Planungsänderung, spielt letztlich keine Rolle. Solange die geplante Umfahrung nicht realisiert wird, kann eben auch nur die allernötigste Sanierung an

der Brücke zugelassen werden, und auf den Schnick-Schnack muss demnach vorerst verzichtet werden, damit die Bauzeit massiv verkürzt werden kann.

Eine Mehrheit im Kantonsrat war Gott sei Dank bereit, der Region Unterstützung zu bieten, indem sie dem Regierungsrat den Auftrag erteilte, eine bessere und verträglichere Lösung zu suchen. Der Regierungsrat hat dafür nun ein Jahr Zeit.

Unfair in AirKei

Kaum war die lang diskutierte Debatte um Eglisau mindestens vorab zufriedenstellend gemeistert, löste die dringliche Interpellation «Parteispenden durch die Flughafen Zürich AG» die nächste emotionale Debatte aus. Die Flughafen Zürich AG steht inmitten der Pistenverlängerungsdebatte am Pranger. Mit unlauteren Mitteln bzw. Geldern soll sie die Politik beeinflussen. Es wird über ein Problem diskutiert, das keines ist bzw. mindestens in den letzten Jahren nie eines war. Aber wenn man den Flughafen diffamieren kann, ist offenbar jedes Mittel recht. Auch auf unsachlichen Nebenschauplätzen wird eben Stimmung zu politischen Themen gemacht. Mit der Debatte im Rat ist das Geschäft erledigt. Die Sitzung an diesem Montagvormittag auch. Über die Effizienz liesse sich auch diskutieren ...



Die Ratslinke versuchte, die legalen Spenden des Flughafens Zürich zu skandalisieren.

Bild: Wikipedia

MEDIENMITTEILUNG DER SVP KANTON ZÜRICH

Kantonspolizei Zürich spricht Klartext im Fall Bellerivestrasse: Die rotgrüne Verkehrspolitik verstösst gegen Recht und Demokratie

Im Sommer 2022 kündigte die Stadtzürcher Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart an, die vierspurige Bellerivestrasse im Rahmen eines «Versuchs» um zwei Spuren zu reduzieren. Die Bellerivestrasse ist für das mehrheitlich bürgerliche rechte Zürichseeufer das zentrale Tor in die Stadt Zürich. Parteipräsident Domenik Ledergerber meint dazu: «Hier ging es darum, die Öffentlichkeit über die tatsächlichen Ziele zu täuschen und einen verfassungswidrigen Spurabbau zu planen. Wir von der SVP finden dieses Vorgehen inakzeptabel.»

Das Urteil der Kantonspolizei zu diesem «Versuch» fällt dementsprechend vernichtend aus: «Das Vorgehen der Stadt Zürich verstösst ... gegen Bundes- und kantonales Recht sowie weitere Bestimmungen.» Wir halten fest: Mit dem sogenannten «Verkehrsvorhaben Bellerivestrasse» haben die Stadt Zürich und Karin Rykarts Sicherheitsdepartement rechtliche Mindeststandards verletzt. Wie die Kantonspolizei weiter schreibt, versuchte die Stadt diesen Plan in undemokratischer Weise durchzuschmuggeln – «ohne Erlass einer Verfügung und ohne Beschwerdemöglichkeiten, also ohne die Gewährung des rechtlichen Gehörs, von betroffenen Personen». Dieses Vorgehen zeigt einmal mehr: Die Linksrünen pfeifen zunehmend auf demokratische Prozesse. Ihnen geht es um die rücksichtslose Durchsetzung ihrer Ideologie auf unseren Strassen.

Diese Verletzung rechtlicher und demokratischer Normen von ganz oben muss endlich Konsequenzen haben. Die verantwortliche Stadträtin, die grüne Soziologin Karin Rykart, hat erneut gezeigt, dass sie ihrem Amt sowohl hinsichtlich Eignung als auch hinsichtlich

Integrität in keiner Weise gewachsen ist. Domenik Ledergerber fordert: «Der Anstand gebietet es, dass sie endlich Verantwortung übernimmt.»

Die Kantonspolizei gibt mit ihrem Entscheid der SVP recht, die die illegale und einseitige Verkehrspolitik des linksgrünen Zürcher Stadtrats seit Langem bekämpft. Zu diesem Zweck sammelt die SVP zusammen mit der FDP Unterschriften für die Mobilitätsinitiative. Dieses Thema bewegt die Menschen: Eine Petition mit fast 11 000 Unterschriften gegen Rykarts Experimente in der Bellerivestrasse wurde erst kürzlich eingereicht. Die autoleidliche Politik der Linksrünen sorgt in der Stadt

Zürich für permanenten Stau. Leidtragende sind nicht nur Berufsleute und Gewerbler. Auch Familien, alte Menschen oder Gehbehinderte sind auf das Auto angewiesen und werden in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Möchten die Rotgrünen diese Leute nicht mehr in der Stadt haben?

Die rotgrüne Verkehrspolitik zeigt: Die Linksrünen reden von Inklusion und betreiben Exklusion – in der Verkehrspolitik genauso wie in anderen Bereichen. Die SVP setzt sich dagegen für die Interessen aller Verkehrsteilnehmer ein. Miteinander statt gegeneinander! Damit alle gemeinsam vorwärtskommen.

Kantonsrat
Zürich

Justizkommission

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht

ein nebenamtliches Mitglied für das Baurekursgericht (SVP)

für die Amtsperiode 2023-2029

Das Baurekursgericht ist ein erstinstanzliches Fachgericht zur Beurteilung bau-, planungs- und umweltrechtlicher Rekurse. Seine Besonderheit liegt darin, dass das nötige Fachwissen von den nebenamtlich tätigen Präsidenten/Präsidentinnen und Mitgliedern eingebracht wird. Zeitaufwändige Expertisen sind dadurch in aller Regel entbehrlich.

Anforderungen:

- Vertiefte Kenntnisse in den Fachbereichen Architektur, Planung, Ingenieurwesen, Umweltwissenschaften
- Vertrautheit mit juristischen Fragestellungen und Problemlösungen
- Verhandlungsgeschick und sicheres Auftreten
- Bereitschaft zur Teilnahme an Sitzungen (Urteilsberatungen), Augenscheinen, Fallbesprechungen etc. und zum Aktenstudium, gesamtamt im Umfang von rund zwei halben Tagen pro Woche
- Zeitliche und örtliche Flexibilität
- Stimmberechtigung im Kanton Zürich
- Einwandfreier Leumund
- Alter nicht über 65 Jahren

Die Mitglieder des Baurekursgerichts werden durch den Kantonsrat gewählt. Der Sitz wird von der SVP beansprucht. Die Entschädigung der nebenamtlichen Mitglieder richtet sich nach § 31 der Personalverordnung.

Umfassende Informationen zum Baurekursgericht finden sich im Internet unter www.baurekursgericht-zh.ch. Weitere Auskünfte erteilt die Sekretärin der kantonsrätlichen Justizkommission, i.c. iur. Katrin Meyer, Tel. 043 259 20 67.

Interessiert?
Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung inklusive Strategierauszug und Wohnsitzbestätigung (nicht älter als drei Monate) bis zum **25. Juni 2023**.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Parteispenden gehören zum erfolgreichen Milizsystem



Domenik Ledergerber
Parteipräsident SVP ZH
Kantonsrat
Herrliberg

Die Diskussion um die Parteispenden der Flughafen Zürich AG liess die Wogen hochgehen im Zürcher Kantonsrat. Wie immer, wenn es um das liebe Geld der Parteien geht. Die Interpellation war jedoch nur die Fortsetzung einer unsäglichen Kampagne von Linksgrün. In zukünftiger Zusammenarbeit mit dem Tages-Anzeiger wird seit Wochen Stimmung gegen die Pistenverlängerung am Flughafen Zürich gemacht. Und dafür ist Linksgrün jedes Mittel recht.

Jede Partei in der Schweiz lebt zum grössten Teil von Parteispenden. Fliesst das Geld nicht, kann sie keine Wahlkämpfe oder Kampagnen leiten oder keine Initiativen lancieren. Die Parteien erhalten nur Parteispenden von Firmen, Verbänden, Vereinen und Privatpersonen, wenn sie in deren Sinn politisieren. Das liegt doch in der Natur der Sache und ist ein wichtiger Pfeiler im politischen Erfolgsmodell Milizsystem Schweiz.

Die SVP Kanton Zürich hat sich noch nie zu Spenden geäussert. Und dies aus guten Gründen: Wüssten unsere Mandatsträger von unseren Geldgebern, könnte eine gewisse Abhängigkeit nicht verneint werden. Das Beispiel der Chocolatier Läderach sollte noch immer präsent sein. Nachdem bekannt wurde, dass die Inhaber politisch konservativ eingestellt sind, wurde ein massiver Shitstorm von Linksgrün losgetreten. Und auch noch heute ist sie vor Sachbeschädigungen nicht gefeit. Davor müssen wir politinteressierte Personen und Firmen schützen.

Die Flughafen Zürich AG ist eine börsenkotierte, privatrechtlich geführte AG und hat ihre Parteispenden jährlich im Geschäftsbericht erwähnt. Was ist daran verwerflich?

Dies gehört zu unserem erfolgreichen Milizsystem. Parteien finanzieren sich durch Spenden. So wird sichergestellt, dass wir Politik für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land machen. Wer an der Bevölkerung vorbei politisiert, erhält keine Unterstützung und das ist gut so. Darauf stützt sich unser erfolgreiches Schweizer Milizsystem. Die SVP wird sich weiter vehement für dieses System einsetzen und einer Verstaatlichung der Schweizer Parteienlandschaft entschieden entgegenstellen.

WORTE DES PARTEISEKRETÄRS DER SVP KANTON ZÜRICH

Die berühmten 100 Tage im Amt

Auf den Tag genau bin ich nun 100 Tage im Amt des Parteisekretärs der SVP im Kanton Zürich. Seit meinem offiziellen Antritt am 1. März durfte ich schon viele tolle Begegnungen mit engagierten Personen unserer Kantonalpartei erleben. In Sitzungen und Gesprächen konnte ich einen ersten Überblick über den Zustand unserer Partei gewinnen. Wir sind in vielen Dingen gut unterwegs, aber es gibt auch noch vielfältige Aufgaben und Herausforderungen, die es zu meistern gilt.

Im Fokus stehen aktuell alle Vorbereitungsarbeiten für erfolgreiche Wahlen im Herbst. Mit der eingesetzten Wahlkommission setzen wir alles daran, mit den Kandidaten, aber auch mit den Sektionen und Bezirken, die bestmöglichen Voraussetzungen zu schaffen, um am 22. Oktober 2023 ein herausragendes Resultat zu erzielen. Einerseits muss mit unserem hervorragenden Kandidaten, Nationalrat Gregor Rutz, ein SVP-Ständeratssitz gewonnen werden, der uns als wählerstärkste Partei gebührt. Andererseits haben wir mit unserer starken Nationalratsliste beste Voraussetzungen, um zwei zusätzliche Sitze in der grossen Kammer zu gewinnen. Alle Mitarbeiter im Sekretariat geben ihr Bestes für den Erfolg der Partei. Hierfür sind auch noch Arbeiten für weitere SVP-Unterlisten im Gange, die mithelfen werden, unser Wahlziel zu erreichen. Auch die geplanten Veranstaltungen vom 17. August (Wahlauftakt SVP Kanton Zürich) und 26. August (Wahlauftakt der SVP Schweiz in der Swiss Life Arena) halten uns auf Trab.

In diesen 100 Tagen habe ich auch Herausforderungen angetroffen, die es in der nächsten Zeit zu bewältigen gilt. Die Einführung einer neuen Mitgliederdatenbank beschäftigt uns mehr als erwartet. Fortschritte sind zu ver-

melden, aber es gibt im neuen System schon noch das eine oder andere Manko, das es zu eliminieren gilt.

Auch gilt es, neue Mitarbeiter mit ihren Aufgaben vertraut zu machen und gewisse Strukturen und Abläufe zu analysieren und zu optimieren. Ich bin mir sicher, dass die Kompetenz der neuen Personen dem Sekretariat, der Partei und allen Mitgliedern einen Mehrwert verschaffen wird.

In meinen vergangenen politischen Aufgaben als Gemeinderat und Schulpräsident habe ich gelernt, das Rad nicht neu erfinden zu wollen. Es gilt auch, Gutes und Bewährtes beizubehalten und dort Korrekturen anzubringen, die Sinn ergeben und einen Nutzen bringen. Auch wenn Aufgaben schon seit unzähligen Jahren gleich gemacht werden, heisst das nicht, dass diese nicht effizient und sinnvoll sind. Doch gilt es allenfalls auch, durch technische Unterstützung Optimierungspotenzial zu nutzen.

Hier sehe ich weitere Möglichkeiten, um mein Ziel zu erreichen und das Sekretariat noch stärker als Dienstleister für unsere Amtsträger, Sektions- und Bezirksverantwortlichen und auch alle Mitglieder zu etablieren.

Wenn Sie mich dabei unterstützen und mir bei der einen oder anderen Gelegenheit auch nachsehen, dass ich noch nicht alle Fragen umgehend beantworten kann, danke ich Ihnen bestens.

Ich freue mich sehr auf die weitere Zusammenarbeit.



von
Marco Calzimiglia



Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich

SVP BEZIRK BÜLACH

Parolen und Stabsübergabe bei der SVP Bezirk Bülach

Kantonsrat Christian Pfaller übernimmt das Präsidium der SVP-Bezirkspartei.

JA zur OECD-Mindeststeuer (einstimmig), NEIN zum Stromfressergesetz (einstimmig) und NEIN zur Änderung des Covid-19-Gesetzes (grosses Mehr), so fassten die rund 40 Delegierten der SVP Bezirk Bülach an der Versammlung vom 23. Mai in Susann's Beizli Oberembrach die Parolen. Die Vorlagen wurden in differenzierten Vorträgen, im Fall des Stromfressergesetzes in einer vorgängigen öffentlichen Podiumsdiskussion, vorgestellt. Nationalratskandidat Chris-

tian Pfaller zeigte, dass man bei der besonderen Besteuerung Ja sagen muss, weil die Schweiz bereits dem OECD-Steuerabkommen beigetreten sei. «Es geht jetzt um die Abmilderung der Folgen.» Alt Kantonsrat Claudio Schmid referierte zum Covid-Gesetz. Die Vorlage ist nicht wichtig und die Bezirkspartei schliesst sich den Parolen der SVP Kanton Zürich an. Auf dem Podium zur wichtigsten Vorlage, dem Stromfressergesetz, kämpfte Nationalratskandidatin

Romaine Rogenmoser gegen GLP-Nationalrat Jörg Mäder.

Stabsübergabe im Präsidium

Im statuarischen Teil kam es zu Neuwahlen, da Vorstandsmitglied Heinz Bohli und Präsident Matthias Hauser den Rücktritt erklärten. Hausers Nachfolger wird der neue Kantonsrat und Bassersdorfer Gemeindepräsident Christian Pfaller. Die Kantonsräte sind von Amtes wegen im Vorstand. Neu wurden Richard Muffler, Opfikon, und Thomas Obermayer, Bülach, gewählt, Statthalterin Karin Müller, Saskia Meyer und Marco Brunner bleiben unverändert. Der Vorstand der SVP Bezirk Bülach, welche mit 20 Sektionen und rund 1050 Mitgliedern zu den grössten Bezirksparteien der Schweiz gehört, besteht jetzt aus elf Mitgliedern.

Zusammen mit Hauser trat auch Claudio Schmid zurück. Beide waren 20 Jahre Mitglied im Bezirksvorstand und traten Anfang Mai aus dem Kantonsrat zurück respektive nicht mehr zur Wahl an. Sie waren stattdessen in der Wahlkommission aktiv. Hauser führte die Partei seit 2012.



V.l.n.r. der neue Präsident Christian Pfaller, alt-Präsident Matthias Hauser und alt-KR Claudio Schmid.

Bild: ZVG

SVP BEZIRK HINWIL

Informative Delegiertenversammlung mit Ständeratskandidat Gregor Rutz

Am vergangenen Freitag fand die Delegiertenversammlung der SVP Bezirk Hinwil auf dem Stauberhof in Rüti statt. Betriebsleiter und Gemeinderat Thomas Stauber konnte den Betrieb den Anwesenden vorstellen und übernahm dann auch die Bewirtung der Gäste mit seinem Team, was den Delegierten die Möglichkeit gab, die feinen Hofprodukte zu geniessen. Nach einem Grusswort des Rütner Sektionspräsidenten Rolf Tremp konnte Bezirkspräsident René Schweizer die statuarische DV eröffnen. Im Jahresbericht blickte er auf die Gerechtigkeitsinitiative und die ebenso er-

folgreichen Kantonsratswahlen zurück und lobte die vielen Aktivitäten der Sektionen und Mandatsträger/innen im vergangenen Jahr. Speziell erwähnt und mit einem Baumerfladen verdankt wurde alt Kantonsrat Hansheinrich Heusser für seinen grossen Einsatz als Wahlkampfleiter.

Nach dem Abschluss des statuarischen Teils ging es, nach einer feinen Verpflegung, zum Referat von Nationalrat Gregor Rutz zum Thema Asyl- und Migrationspolitik. Rhetorisch brillant und mit genauen Zahlen und Fakten zeigte Gregor Rutz die Probleme des

Asylwesens und der unkontrollierten Zuwanderung auf. So wurde anhand der Statistik schnell klar, dass die Schweiz viel mehr Asylgesuche gutheisst als etwa Deutschland. Bei der Migration verortete Rutz ein grosses Problem bei den rechtswidrigen Aufenthalt in der Schweiz. Wurden 2020 11 043 illegal eingewanderte Personen aufgegriffen, so waren es 2022 schon 52 077 Illegale. Die Dunkelziffer ist natürlich viel höher und dringender Handlungsbedarf ist nötig, will der Schweizer Staat nicht die Kontrolle über die Migration verlieren. Gut informiert konnten die Anwesenden das Referat ihres Ständeratskandidaten mit Applaus verdanken. Auch in persönlichen Gesprächen strahlte Gregor Rutz grossen Optimismus betreffend die nationalen Wahlen im Herbst aus und betonte, dass es entscheidend sei, wie die Sektionen mobilisieren, um den Wahlkampf im Herbst von der Basis her unterstützen zu können.

Auf die SVP Bezirk Hinwil und ihre Sektionen wird aber, wie immer, Verlass sein. Mit dem SVP-Schiessen, vom 22. bis 24. September in Fischenthal, werden alle SVP-Nationalratskandidatinnen und -Kandidaten die Gelegenheit haben, den Bezirk Hinwil zu besuchen. Ein grosser Aufmarsch wird erwartet!



Die Parteileitung der SVP Bezirk Hinwil mit Gast. V.l.n.r. KR Daniel Wäfler, Präsident René Schweizer, NR Gregor Rutz, Aktuarin und GR Seraina Billeter, Alt KR Hansheiri Heusser.

Bild: ZVG

SVP PFÄFFIKON MEDIENMITTEILUNG

JA zur Initiative «Unterführung Tunnelstrasse», zwei Abrechnungen und ein Kredit sowie Neukonstituierung des Vorstandes

Die SVP Pfäffikon hat an ihrer Parteiversammlung vom 31. Mai 2023 die Parolen für die kommende Gemeindeversammlung gefasst. Ebenfalls hat sie über die Neukonstituierung des Vorstandes informiert.

An der kommenden Gemeindeversammlung vom 12. Juni 2023 stimmt die Gemeinde über den Projektierungskredit zur Umsetzung der von der SVP Pfäffikon eingereichten Initiative «Unterführung Tunnelstrasse» ab. Die Initiative verlangt eine Unterführung, um die Verkehrssicherheit insbesondere für Schulkinder und den Langsamverkehr am äusserst gefährlichen Bahnübergang an der Russikerstrasse zu gewährleisten. Ebenfalls haben Rettungskräfte aktu-

ell keine Möglichkeit, bei geschlossener Barriere auf die andere Seite des Dorfes zu gelangen. Die Parteiversammlung hat zu diesem Geschäft die JA-Parole beschlossen.

Zudem beschliesst die SVP Pfäffikon einstimmig die Abnahme der Jahresrechnung 2022 der Gemeinde Pfäffikon, die Abnahme der Bauabrechnung des Gestaltungsprojekts Seestrasse sowie die Zustimmung zum Baukredit und Bauprojekt für den Umbau zur Erfül-

lung der Barrierefreiheit im Gemeindehaus. Ebenfalls informiert die Partei über die Neukonstituierung des Vorstandes nach der letzten Generalversammlung: Die Partei wird weiterhin von Roland Buri präsiert und als Vizepräsidentin amtiert Simone Akermann. Das Aktuarat wird neu von Karl Bertschinger übernommen, Lukas Raths führt die Kasse, Viktor Liechti kümmert sich um die Events und Claudio Merlo ist Beisitzer der Partei.

SVP WETZIKON

Die SVP Wetzikon ist aktiv – in den Behörden und auf der Strasse

In der Sitzung vom 22. Mai 2023 wählte das Wetziker Parlament einen neuen Präsidenten. Dieses auf ein Jahr beschränkte Amt darf turnusgemäss die SVP-Fraktion mit Philipp Zopp bekleiden. In seiner erfrischenden Antrittsrede betonte Philipp Zopp die Wichtigkeit eines respektvollen Umgangs über alle parteipolitischen und persönlichen Grenzen hinweg. Er hielt fest, dass er in Abgrenzung zu einigen seiner Vorgänger als Parlamentspräsident kein bestimmtes Politprogramm umsetzen wolle. Damit hat er punktgenau erfasst, worum es in diesem Amt geht: nicht um Selbstdarstellung, sondern um effiziente Führung und den Blick fürs Wesentliche. Die SVP Wetzikon darf stolz darauf sein, dass sie im kommenden Legislaturjahr einen so fähigen Vertreter für diese ehrenvolle Aufgabe stellen kann. Doch nicht nur im Parlament bringt sich die SVP Wetzikon aktiv ein: Bei strahlendem Sonnenschein setzte sich die Partei am Samstag, 3. Juni 2023, vor dem Oberland Märt motiviert für ein NEIN zum Stromfresser-Gesetz ein. Wir konnten der Bevölkerung aufzeigen, dass mit dieser rea-



Der neu gewählte Wetziker Parlamentspräsident, Philipp Zopp.

Bild: ZVG

litätsfernen Vorlage die Energiekrise massiv verschärft wird und riesige Kosten auf den Mittelstand zukommen. Daneben wurden fleissig Unterschriften für die SRG-Initiative, die Neutralitätsinitiative und die kantonale Mobilitätsinitiative gesammelt. Der Einsatz vor Ort zahlte sich in verschiedener Hinsicht aus: Während der Standaktion konnten wir sogar neue Parteimitglieder gewinnen.



SVP-Standaktion mit Henry Vettiger, Nicole Ward, Rolf Müri, Zeno Schärer, Roger Hutter und Timotheus Bruderer (v.l.n.r.).

Bild: ZVG

SVP ZÜRICH 11

Polit-Apéro der SVP Zürich 11

Am Freitag, 26. Mai, fand wieder der Polit-Apéro der SVP Zürich 11 im Restaurant Landhaus in Zürich-Seebach statt. Als Referentin war Nina Fehr Düsel, Kantonsrätin und Nationalratskandidatin der SVP Bezirk Meilen, zu Gast. Ihr Referat unter dem Titel «Krisenzeit – wie weiter?» passte bestens zur aktuellen Lage. Steigende Energiepreise, Dichtstress in den Städten, hervorgerufen durch die masslose Zuwanderung, Verbannung des mobilen Indivi-

dualverkehrs aus den Städten durch Einführung von flächendeckendem Tempo 30, zum Teil massive Sachschädigungen durch illegale Demonstrationen. Aufzählung unvollständig. Im Anschluss wurden viele Fragen gestellt.

Es kamen doch einige Personen, auch wenn das Pfingstwochenende bevorstand, ins Landhaus nach Seebach.

Peter Schick, Kantonsrat SVP, Zürich



Die Zuhörer stellten der Referentin eine Vielzahl von Fragen.

Bild: ZVG

MÜLL-POLITIK

Wilde Müllkippe (Littering) auf öffentlichen Flächen der Stadt Zürich und keine vernünftige Lösung in Sicht



Michele Romagnolo
Gemeinderat SVP
Zürich

Wir haben am 30. November 2022 ein Postulat eingereicht, in dem wir den Stadtrat aufgefordert haben, zu prüfen, wie das Littering-Problem in der Stadt Zürich bewältigt werden kann.

Das zuständige Tiefbau- und Entsorgungsdepartement und der Gemeinderat haben das Postulat ohne Einwände angenommen. Statt sofort zu handeln, hat sich die zuständige Stadträtin aber bis 2024 Zeit genommen, um die Angelegenheit zu klären und nach einer vernünftigen Lösung zu suchen.

Es ist darum nicht zu erwarten, dass sich dies in absehbarer Zukunft ändern wird.

Littering stört das Stadtbild und kann Grünflächen, Boden und Gewässer schädigen.

Es ist an der Zeit, dass der Stadtrat kooperiert, um das Littering-Problem gemeinsam anzugehen.

Es gibt seit Jahren keine praktikablen Lösungen

Wir haben vorgeschlagen, dass in Zürich zusätzliche, rollende 360-Liter-Be-



Der Stadtrat kümmert sich kaum um die zunehmende Vermüllung öffentlicher Flächen.

Bild: ZVG

hälter wie bei der See-Anlage verteilt werden. Die Behälter erfreuen sich bei der Bevölkerung grosser Beliebtheit, da sie durch ihre Farben und Gestaltung auffallen. Das Ziel besteht darin, die Kapazität und Sichtbarkeit der Abfallbehälter zu erhöhen. Deswegen sind die Behälter bunt bemalt.

Die Stadt sollte umgehend eine rechtliche Grundlage für die Kontrolle von Sammelstellen schaffen, damit die Ordnungskräfte bei rechtswidriger Entsorgung die entsprechenden Strafen verhängen können. Letztendlich müssen die Steuerzahler die vielen Wildentsorgungen bezahlen.

OECD-MINDESTSTEUER

JA zur Mindeststeuer für Grossunternehmen



Tiziana Meier
Sozialkommission SVP
Wangen-Brüttisellen

Die OECD und die G20 möchten die Regeln zur Besteuerung von grossen Konzernen anpassen. Gemeinsam haben sie im Herbst 2021 ein entsprechendes Projekt verabschiedet, dem sich die Schweiz zusammen mit rund 140 Staaten angeschlossen hat. Internationale Unternehmensgruppen mit einem Jahresumsatz ab 750 Millionen Euro müssen deshalb in Zukunft in jedem Land eine Gewinnsteuer von mindestens 15 Prozent bezahlen. Die Mindestbesteuerung ist für die jeweiligen Länder keine Pflicht. Setzt die Schweiz die OECD-Mindeststeuer allerdings nicht um, dürfen andere Staaten die betroffenen Grossunternehmen in ihren Län-

dern nachbesteuern, bis die 15 Prozent erreicht sind.

Gemäss einer Schätzung des Bundes sind rund 200 Schweizer Grossunternehmen sowie ungefähr 2000 ausländische Unternehmen mit Aktivitäten in der Schweiz von der Mindeststeuer betroffen. Für KMU und Unternehmen, welche nur national tätig sind, ändert sich nichts. Die Mehreinnahmen durch die höhere Besteuerung von Grossunternehmen werden vom Bund auf rund 1 bis 2,5 Milliarden Franken geschätzt. 25 Prozent dieser Einnahmen stehen dem Bund zu und 75 Prozent gehen an die Kantone, welche ihre Gemeinden angemessen beteiligen müssen. Bund, Kantone und Gemeinden haben die Aufgabe, ihren erhaltenen Anteil sinnvoll für die Bevölkerung und zur Förderung der Standortattraktivität einzusetzen.

Die Gegner sind der Meinung, dass die Vorlage den Steuerwettbewerb der Kantone verstärken würde. Sie gehen

davon aus, dass das Parlament bei einer Ablehnung zeitnah eine neue Vorlage mit einer anderen Verteilung der Einnahmen ausarbeiten wird, welche den Steuerwettbewerb unter den Kantonen dämpfen würde. Allerdings wird es gemäss Bundesrat zeitlich praktisch nicht möglich sein, die geplante Ergänzungssteuer bei einer Ablehnung der Vorlage im Juni auf Anfang 2024 einzuführen.

Ohne rechtzeitige Umsetzung der Mindestbesteuerung würde die Schweiz jedoch einen erheblichen Teil an Steuereinnahmen ans Ausland verlieren. Von den zusätzlichen Steuereinnahmen und vom Erhalt der Standortattraktivität profitiert die ganze Schweiz. Zudem ist über den nationalen Finanzausgleich sichergestellt, dass alle Kantone von den Mehreinnahmen profitieren. Mit einem JA zur Vorlage ist die Schweiz im Einklang mit den internationalen Standards und die betroffenen Grossunternehmen erhalten Rechtssicherheit.

MEDIENMITTEILUNG DER SVP KANTON ZÜRICH

SVP Kanton Zürich mit zusätzlicher KMU-Liste in die Nationalratswahlen

Die SVP Kanton Zürich erstellt eine eigene KMU-Liste für die Nationalratswahlen und geht mit der Hauptliste der SVP eine Listenverbindung ein. Die KMU-Liste umfasst Unternehmerpersönlichkeiten sowie zahlreiche Kantonsräte und Gemeindeparlamentarier. Die SVP will damit ihr Wählerpotential optimal ausschöpfen.

Zusätzlich zur Hauptliste für die Nationalratswahlen der SVP Kanton Zürich hat die Partei eine KMU-Liste erstellt. Die SVP Kanton Zürich will damit ihr Wählerpotential umfassend und wirkungsvoll ausschöpfen. Beide Listen gehen eine Listenverbindung ein.

Die KMU-Liste SVP Kanton Zürich wurde unter Initiative von alt Nationalrat Hans-Ulrich Bigler zusammengestellt und von alt Regierungsrätin Rita Fuhrer begleitet. Bigler zeigt sich glücklich, dass sich bewährte und erfolgreiche Unternehmerinnen und Unternehmer zur Verfügung gestellt haben, darunter zahlreiche Kantonsräte und Gemeinde-

parlamentarier. Mit ihrem Wissen um die regulatorischen Belastungen und der Praxiserfahrung bringen sie hohe Erfahrung und ebenso Glaubwürdigkeit mit, um den politischen Handlungsbedarf für KMU aufzuzeigen. Entsprechend lautet das Wahlmotto «Wählen Sie wirtschaftsfreundlich. Weil eine erfolgreiche Wirtschaft und Landwirtschaft für Sicherheit und Stabilität sorgen».

Laut dem Präsidenten der SVP Kanton Zürich, Kantonsrat Domenik Ledergerber, will die Partei im Herbst in den nationalen Wahlen eine bürgerliche Wende. Er begrüsst deshalb die Anstren-

gungen zur Bildung einer KMU-Liste ausdrücklich und ist überzeugt, dass damit die bürgerlichen Wählerkreise gebündelt und fokussiert werden.

Die inhaltlichen Schwerpunkte legt die KMU-Liste der SVP Kanton Zürich auf eine wettbewerbsfähige KMU-Wirtschaft. Dadurch werden aus Sicht der KMU neue Arbeitsplätze geschaffen, die Sozialwerke gesichert und die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland gestärkt.

Ebenso gilt das politische Engagement einem schlanken und bürgernahe Staat, um unnötige bürokratische Hürden zu verhindern.

HISTORISCHE NEUTRALITÄTSPOLITIK

Aktuell wie eh und je



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Weil die Grossmächte 1920 die schweizerische Neutralität ausdrücklich anerkannt und unser Land von der Teilnahme an militärischen Sanktionen befreit haben, beschlossen Volk und Stände damals den Beitritt zum Völkerbund. Diese Vorläuferorganisation der UNO mit Sitz in Genf verpflichtete die Schweiz allerdings zur Teilnahme an wirtschaftlichen Sanktionen.

Dies führte 1935 im Krieg von Italien gegen Abessinien zu einer gefährlichen Situation für den Kleinstaat Schweiz. Denn nun sollte sich das Land am Wirtschaftskrieg gegen Italien, das unter dem Diktator Mussolini stand, beteiligen. Der Bundesrat erklärte dem Völkerbund, dass sich die Schweiz nicht zu Sanktionen verpflichtet fühle und sie Massnahmen, die die schweizerische Neutralität missachten, nicht voll-

ziehe. Dem Völkerbund wurden die «zwingenden Gründe» mitgeteilt, welche die Schweiz «zur Rückkehr zu ihrer umfassenden Neutralität veranlassten». Ende April 1938 erklärte die Schweiz im Völkerbund, die schweizerische Neutralität sei ein für allemal gegeben. «Ihre Stärke beruht auf ihrer Klarheit und ihrem immerwährenden Bestand.» Und weiter: «Die Unterscheidung zwischen militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen würde sich heute für die Schweiz als illusorisch erweisen.» Wenn die Schweiz zu wirtschaftlichen Druckmitteln griffe, würde sie so behandelt werden wie ein Staat, der militärische Massnahmen trifft.

So lautete am 29. April 1938 der erklärte Wille von Bundesrat, Parlament und Volk. Der Völkerbund stimmte am 14. Mai 1938 der Abkehr der Schweiz von der Brotsperre und ihrer Rückkehr zur umfassenden, immerwährenden und bewaffneten Neutralität zu. Dem ganzen Land fiel ein Stein vom Herzen. Wo bleibt heute angesichts einer wachsenden Gefahr in Europa die Klarsicht der damaligen Politiker?



Der ehemalige Sitz des Völkerbundes in Genf.

Bild: Wikipedia







Buurezmorge

Öffentlicher Anlass mit Anmeldung
Sonntag, 2. Juli 2023, ab 10.00 Uhr
Bauernhof Buenstr. 11, Dübendorf
Fr. 35.- pro Person

Gastreferent: NR Gregor Rutz
Ständeratskandidat

KR Patrick Walder
Nationalratskandidat

Anmeldung bis 18. Juni 2023:
www.svp-duebendorf.ch/brunch oder veranstaltungen@svp-duebendorf.ch

GEOPOLITIK & VERSORGUNGSSICHERHEIT DER ZUKUNFT

«Lithium und Seltene Erden werden bald wichtiger sein als Öl und Gas.» Ursula von der Leyen, September 2022

9. JUNI 23

Podiumsteilnehmer:

Alessandra Hool
CEO Entwicklungsfonds Seltene Metalle



Benjamin Fischer
Nationalrat SVP ZH



Julian Kamasas
Center for Security Studies (CSS ETH)



Kurt Rohrbach
Delegierter für die Wirtschaftliche Landesversorgung u.ä.



17:30 Uhr Apéro
18:00 Uhr Debatte
 aka Zürich,
 Hirschengraben 86,
 8001 Zürich

Moderation: Dr. Urs Vogeli, SIGA
 Graphic Recording: Patrick Stahel

Eintritt frei, organisiert durch 

Fadegrad



von
Manuel Zanoni

In Gedanken ist alles machbar

Als Stimmbürger beschäftigen wir uns derzeit wieder einmal mit Visionen, so zum Beispiel mit der Vision einer klimaneutralen Schweiz bis ins Jahr 2050 oder derjenigen eines Mindestlohns in den Städten Zürich und Winterthur. Beides hehre Ziele, die wir uns da ins Gesetz schreiben sollen. Über die genaue Umsetzung der Gesetze ist, wie üblich in solchen Fällen, hingegen nur wenig zu lesen. Im Kopf sind Millionen von Solarpaneelen und Tausende von Windrädern schnell gebaut und schon hat man die Schweiz klimaneutral gemacht! Derartig realitätsfremde Visionen verleiten zu Schnellschüssen. Beispiel gefällig? Unsere Stromleitungen reichen gar nicht aus, um zukünftig den vor allem in der Mittagszeit in grossen Mengen anfallenden Sonnenstrom zu transportieren. Das mit viel Tamtam angekündigte Projekt Greniols Solar musste deshalb bereits wieder von 900000 auf 160000 Paneele verkleinert werden. Dass Solarpaneele und Windräder aus knappen, in der Schweiz nicht erhältlichen Rohstoffen bestehen, blendet man einfach aus. Der Materialbedarf pro produzierte Energieeinheit liegt bei der Sonnenenergie um das Sechsfache, bei der Windenergie um das Dreifache über demjenigen der Kernenergie. Das Material für Batterien, den Bau der Zufahrt oder die zusätzlichen Leitungen ist dabei noch gar nicht eingerechnet. Beim Denken in Visionen werden auch elementarste Zusammenhänge gerne vernachlässigt. Je grösser der Anteil an Sonne und Wind, desto instabiler und teurer das Netz. Paradoxerweise möchten viele dieser Visionäre gleichzeitig auf die stabile, günstige und CO₂-arme Kernenergie verzichten. In die Kategorie visionärer Ziele gehört auch der staatlich verordnete Mindestlohn. Auch bei diesem Anliegen kümmern sich die Befürworter wenig um konkrete Umsetzung und negative Auswirkungen. Hauptsache, das Ziel stimmt! Sie behaupten, dass durch Mindestlöhne kaum Stellen wegfallen. Es mag tatsächlich sein, dass betroffene Arbeitgeber den Stundenlohn auf das Niveau des Mindestlohns erhöhen. Aber wer sagt denn, dass sie gleichzeitig nicht auch die Arbeitszeit miterhöhen, den Beitrag an die Weiterbildung streichen, den Parkplatz bei der Firma kostenpflichtig machen oder das Unternehmen ins Nachbardorf verlegen? Die Liste der Ausweichmassnahmen liesse sich beliebig fortsetzen. Beim Umgehen von Regeln ist der Mensch bekanntlich erfinderisch. Kontrollaufwand und Kosten steigen mit. Dabei verfügen wir über eine bewährte Sozialpartnerschaft, bei der Arbeitnehmer Mindestlöhne auf Augenhöhe mit den Arbeitgebern aushandeln. Wegen all der Nebenwirkungen tun wir gut daran, uns am 18. Juni beim Gesetze-machen auf das Machbare zu konzentrieren und uns keine visionären Ziele ins Gesetz zu schreiben.

387 Milliarden Franken vernichten? NEIN zum Stromfresser-Gesetz!

Die Schweiz ist für 0,1 Prozent des globalen CO₂-Ausstosses verantwortlich. Selbst wenn unser Land morgen im Meer versinken würde, hätte das keinen Einfluss aufs Klima. Die links-akademische «Elite» verkauft das sogenannte Klimagesetz dennoch als Rettung vor dem eingebildeten Weltuntergang. Dafür sollen wir hunderte Milliarden Franken vernichten. Die SVP muss das Stromfresser-Gesetz unbedingt bodigen!



Samuel Balsiger
Gemeinderat und
Fraktionspräsident
der Stadtzürcher SVP

Eine wissenschaftliche Studie hat errechnet: Die vollständige Umstellung der Energieversorgung auf Strom kostet uns bis zu 387 Milliarden Franken. Wohl kaum eine Abstimmungsvorlage hatte eine solch gigantische Kostenfolge. Und es kommt noch schlimmer: Heute beziehen wir rund 60 Prozent unserer Energie aus fossilen Energieträgern. Das sogenannte Klimagesetz führt zu einem Verbot von Benzin, Diesel, Öl und Gas. Wir werden massiv mehr Strom benötigen. Deshalb ist es ein Stromfresser-Gesetz. Da wir aber schon heute zu wenig Strom in ganz Europa haben, werden die Preise gänzlich durch die Decke gehen. Dieses Jahr steigen die Strompreise in der Schweiz bereits um 27 Prozent.

Armut droht

Die Befürworter des gefährlichen Stromfresser-Gesetzes können nicht sagen, wie die 60 Prozent fossilen Energieträger ersetzt werden sollen. Wir sollen unsere einst sichere und bezahlbare Energieversorgung zerstören – ohne Plan, wie es weitergehen soll. Eine ETH-Stu-

die hat errechnet, dass wir pro Person monatlich bis zu 550 Franken mehr für den Strom bezahlen werden. Das bricht vielen Familien finanziell das Genick. Und nochmals: Die gesamte Schweiz ist für 0,1 Prozent des globalen CO₂-Ausstosses verantwortlich. All unser Leid wird nichts am Klima ändern. Das Klima muss auch gar nicht gerettet werden.

Chaos verhindern

Wer nicht glaubt, dass die Auswirkungen des Stromfresser-Gesetzes so gefährlich sein werden, soll nach Deutschland schauen. Dort herrscht das totale Chaos bei der sogenannten «Energiewende». Letztes Jahr mussten die Deutschen die höchsten Strompreise der Welt zahlen. Bis 2025 soll eine vierköpfige Familie direkt und indirekt über 25000 Euro für den rotgrünen Irrsinn zahlen müssen. Wir Schweizer müssen diesen Armut-Hammer bei uns unbedingt verhindern.

Jede Stimmt zählt

Gemäss der letzten Abstimmungsumfrage gibt es einen NEIN-Trend. Wir haben nun noch neun Tage, um mit der Schlussmobilisierung unseren Wohlstand zu retten. Jeder von uns kennt mindestens zehn Personen, die nicht Tausende Franken mehr für die Stromkosten bezahlen wollen. Jeder von uns muss sein Umfeld über die Wichtigkeit der Abstim-

mung informieren. Eine WhatsApp-Nachricht an möglichst viele Personen mit der Aufforderung, NEIN zum so-

nannten Klimagesetz zu stimmen, kostet ein paar Sekunden Zeit. Bei den Grosseltern kurz anrufen oder bei den Nachbarn klingeln, ist ebenfalls kein Aufwand. Wenn jeder seinen kleinen Beitrag leistet, dann bodigen wir diesen linksgrünen Irrsinn: Am 18. Juni NEIN zum gefährlichen Stromfresser-Gesetz!



Das Stromfresser-Gesetz vernichtet 387 Milliarden!

**Stromfresser-Gesetz
NEIN**
Bundesgesetz KIG

Das Stromfresser-Gesetz bedroht unseren Wohlstand.

Bild: ZVG

AUS DEM DIETIKER GEMEINDEPARLAMENT

S'Föferli und s'Weggli



Konrad Lips
Fraktionspräsident/
Gemeinderat SVP
Dietikon

Wie in vermutlich allen Gemeinden stand in der letzten Gemeinderatssitzung die Rechnung 2022 zur Abnahme an. Die Rechnung schloss mit einem Aufwandsüberschuss von gut 12 Millionen ab. Wie kam das zustande? Es war bereits ein Minus budgetiert worden, aber eigentlich hätte die Rechnung positiv abschliessen können. Die Stadt tätigte aber verschiedene grössere strategische Liegenschafts- und Landkäufe für rund 27 Millionen, für die eine Wertberichtigung gemacht werden musste, sodass wir ein Minus schreiben müssen. Die Rechnung 2022 wurde ohne Gegenstimme genehmigt.

Dann ging es weiter mit zwei Geschäften, die das Entsorgungswerk Limeco betrafen: eines über einen Planungs-

kredit und das andere über einen Landkauf. Beiden wurde zugestimmt und beide können in fast allen Trägergemeinden im September 2023 zur Abstimmung gebracht werden. Anschliessend wurde die Interpellation zu den Eigentumsverhältnissen in der Stadt Dietikon behandelt. Die linke Seite zeigte Interesse an der Aufteilung der Mietwohnungen innerhalb der Stadt. Im Gegensatz zur letzten Gemeinderatssitzung, bei der es um ein ähnliches Thema ging, war die Diskussion dieses Mal weniger emotional. Viele Mitglieder des Gemeinderates hegen den Verdacht, dass die Vorstöße lediglich zur Unterstützung der Volksinitiative «Bezahlbares Wohnen in Dietikon» eingereicht wurden.

Diese Volksinitiative steht am 18. Juni zur Abstimmung an. Was wird verlangt? Das Initiativkomitee fordert eine massive Ausweitung des gemeinnützigen Wohnungsangebots bis ins Jahr 2050. Die Initiative wurde in einer Kommission vorberaten und ein Gegenvorschlag beschlossen, der weniger radikal ist. Dieser wurde dann im Gemeinderat ange-

nommen. Die Initianten zogen ihren Vorschlag jedoch nicht zurück und so kommen jetzt beide Vorschläge vor Volk. Wie bereits in der Vergangenheit wurde ein überparteiliches Komitee gegründet, das dieses Mal mit Unterstützung von Verbänden die radikale Volksinitiative bekämpfen und den Vorschlag des Gemeinderates unterstützen will. Dieser stellt eine realistische und für die Stadt Dietikon tragbare Alternative dar. Beim letzten Mal konnte das überparteiliche Komitee die Abstimmung

für sich entscheiden. Wir stellen fest, dass immer mehr radikale Vorstöße von der linken Seite eingereicht werden.

Diese helfen der Stadt Dietikon jedoch nicht weiter und verlangsamen den Erneuerungsprozess, der begonnen hat und eigentlich auch im Interesse der Linken sein sollte. Diese wollen halt immer s'Föferli und s'Weggli: guten Wohnraum, der nicht viel Energie verbraucht, und dies zum kleinen Preis!



In Dietikon wird viel Modernes gebaut. Nach Meinung der Linken müsste es aber auch noch günstig sein. Im Bild: Wohnüberbauung Lindenhof.

Bild: <https://www.made-by-architects.com/>

«Es weht der Wind ein Blatt vom Baum, von vielen Blättern eines, dies eine Blatt, man merkt es kaum, denn eines ist ja keines. Doch dieses Blatt allein war Teil von unserem Leben. Drum wird dies Blatt allein uns immer wieder fehlen.»

Rainer Maria Rilke

Traurig nehmen wir Abschied von unserem lieben Ehemann, Papi, Bruder, Schwager und Götti



Konrad Flückiger

26. Juli 1939 bis 19. Mai 2023

Er durfte nach kurzer, schwerer Krankheit friedlich einschlafen. Wir sind dankbar für die Zeit, die wir zusammen hatten. Die vielen wunderbaren Erinnerungen bleiben für immer in unseren Herzen.

Käthy Flückiger
Bettina Flückiger
Res Flückiger und Ruth Schibli
Heini und Catherine Flückiger
Friedel Grieder
Angehörige und Freunde

Die Abdankungsfeier und der Gottesdienst finden am Freitag, den 16. Juni 2023 um 14:00 Uhr, in der reformierten Kirche Embrach, statt. Traueradresse: Bettina Flückiger, Wehntalerstrasse 92, 8057 Zürich



WINDKRAFT

Dauerbeschallung auf dem Campingplatz



Adrian Wegmann
Nationalratskandidat SVP
Oberrieden

Kürzlich habe ich eine Nacht auf einem Campingplatz verbracht, welcher sich knapp 900 m von einem dieser Windräder entfernt befindet. Die Dauerbeschallung klingt ein bisschen wie entfernte Flugzeuge und ist omnipräsent.

Im Dorf habe ich mit ein paar direkt Betroffenen geredet, deren Begeisterung sich seit Jahren in engen Grenzen hält. Anfangs hatten sie noch versucht, gegen die Windräder vorzugehen, merkten aber bald, dass sie keine Chance hatten.

Nun lebt man mit den Lärmemissionen und dem Schattenwurf, der oft unterschätzt wird. Zweimal im Jahr steht die Sonne so, dass in der Wohnung während ein paar Wochen so etwas wie ein Stroboskop-Effekt entsteht. Der permanente Wechsel zwischen Licht und Schatten ist eine noch viel zu wenig erwähnte Problematik.

Im Anschluss besuchte ich dann eines der Windräder, für welches ein Teil der Waldfläche gerodet wurde. Der Spaziergang war vergleichbar mit dem Besuch des Naherholungsgebietes auf dem Pfannenstiel am Zürichsee, in welchem ebenfalls die kantonalen Windgelüste befriedigt werden sollen. Im Dorf erzählten sie mir noch, wie auf-

wendig die Logistik damals war, um den Windpark zu bauen. Die Rede war von Fahrzeugen, die aussahen wie Panzer, damit die Rotorblätter transportiert werden konnten, auf den Strassen, die

für den Bau und Betrieb der Anlagen erstellt werden mussten. Wenigstens der Wind ist in Deutschland ausreichend und laminar, damit die Dinger im Dauerbetrieb laufen können.



Die Windräder sind nicht nur von Weitem sichtbar, sondern auch hörbar.
Bild: Adrian Wegmann

LESERBRIEF

Bewaffnete Neutralität der Schweiz

Der Artikel von Nationalrat Tuena im ZB vom 19. Mai 2023 ist wichtig. Die Alarmorganisation sollte etwa 2000 bis 3000 Soldaten umfassen, die im Dienst oder Ausbildungsdienst sind. Innert etwa 8 bis 12 Stunden sollten weitere 100 000 Soldaten aus allen Waffengattungen einsatzfähig sein.

In einem weiteren Schritt müssen weitere 500 000 Mann je nach Lage aufgebildet werden können. Waffen und zeitgemässe Ausrüstungen müssen bald wieder für etwa 600 000 Soldaten bereitgehalten werden.

Die Produktion von Waffen und Ausrüstungen aller Art sollte auch im Inland erfolgen.

Als neutrales Land kann man Waffen aus dem Ausland importieren für den eigenen Bedarf, jedoch ist der Waffenexport heute sehr problematisch bei Kriegshandlungen in der Nachbarschaft.

Angesichts der Lage und der schweren Konflikte mit Waffeneinsatz und den drohenden Konflikten in Fernost sollte die Schweiz eine Art Waffenausfuhrverbot festlegen, eine eigene Rüstungsindustrie aufbauen und viele Waf-

fenimporte und Lizenzbauten beschliessen.

Bewaffnete Neutralität ist die teuerste Lösung in der Sicherheitspolitik. Ausländische Produzenten, wie Rheinmetall und die frühere Mowag, sollten ihre Produktionsanlagen in die Nachbarländer verlegen. Auch Forschung und Entwicklung sollten nicht mehr in der Schweiz erfolgen. Die Anlagen und das Personal sind in schweizerische Firmen zu übertragen.

Ein Export ist dann ausgeschlossen, auch wenn so interessante Gewinnmöglichkeiten entfallen.

Die Neutralität der Schweiz nehmen nur noch Schweizer ernst. Russland hat ja mitgeteilt, dass es die Neutralität aus verschiedenen Gründen nicht mehr anerkennt.

Ohne Änderungen in der Gesetzgebung mit Exportbeschränkungen und der Änderung für ausländische Produzenten in der Schweiz kann die Neutralität in der Aussenpolitik nicht mehr ernsthaft postuliert werden.

Dr. H. Jucker, Zürich

LESERBRIEF

Verfügt die ETH über jegliche Freiheit, insbesondere auch Budgetfreiheit?

In den letzten Tagen kündigten einzelne Medien, darunter auch die NZZ, in einem Interview mit Thomas Zurbuchen, ehemaliger Wissenschaftsdirektor der Nasa, an, dass unser Land inskünftig intensiv Weltraumforschung betreiben wird. Zurbuchen übernimmt die Leitung Initiative ETH Zürich Space.

Zurbuchen wird in unserem Land Weltraummissionen entwickeln, die Geschichte schreiben, liest man. Es geht ihm darum, den Kuchen zu vergrössern und etwas auf den Weg zu bringen, was es noch nicht gibt.

Als Bürger und Steuerzahler fragt man sich, ob die ETH jegliche Freiheit, insbesondere jegliche Budgetfreiheit, hat, solch neue Strategien aufzugleisen. Ist die Schweiz die richtige Bühne, um vertieft Weltraumforschung, verbunden mit einem Masterstudiengang, zu betreiben und auch in der weltraumnahen Industrie Wachstum anzupeilen?

Die Forscher haben in unserem kleinen Land wohl mehr Freiheiten, aber auch weniger Geld. Bezüglich der Finanzierung müsste verpflichtend sein, dass bei jedem grösseren Projekt vorab private Investoren gewonnen werden, um weniger öffentliche Forschungsgelder einzusetzen. Auffallend viel spricht Zurbuchen von einer künftigen Zunahme von Arbeitsplätzen im Bereich Raumfahrt (Zulieferer, Start-ups), was beim Auftraggeber ETH selber zu laufenden Kostenerhöhungen – auf dem Buckel der Steuerzahler – führen wird.

Gemäss dem geführten Interview in der NZZ will Zurbuchen ETH Zürich Space mit einem Teilpensum von 60 Prozent leiten. Die restlichen Tage möchte er weiterhin sein Netzwerk ausbauen, aber auch viel Zeit in den USA verbringen. Hat dies mit angenehmer Selbstverwirklichung zu tun, oder sieht er sich auch in der Rolle eines «Crowdfunders» für die ETH und Nasa.

Vor wenigen Monaten hat die ETH ein Zentrum gegründet, das die Entstehung und Verbreitung von Leben erforschen soll. «Natürlich gibt es Überschneidungen» gibt Zurbuchen offen zu. Wenn die ETH scheinbar im grossen Ausmass über ungenützte Budgets und personelle Kapazitäten verfügt, warum wird nicht endlich dort dringend geforscht und mit Firmen weiterentwickelt, wo es unserem Land unter den Nägeln brennt. Ich denke da an kleine modulare Kernspaltungsreaktoren (SMR), die in den USA nächstens die Zulassung anstreben und in China bereits laufen. Seitens vieler Firmen besteht ein grosses Interesse an SMR (aus Kosten- Umwelt- und Sicherheitsgründen). Leider sehen das viele ideologisch gefärbte Politiker und zahllose Profiteure an der derzeitigen und wohl auch zukünftigen Energiepolitik anders.

Karl Meier-Zoller, Effretikon ZH

40. Kantonales SVP-Schiessen 2023

SCHIESSANLAGE: Feldschützen Fischenthal
8497 Fischenthal

ORGANISATION: OK SVP Schiessen 2023 und Feldschützen

SCHIESSZEITEN: Freitag, 15. September 18.00–20.00 Uhr
(Vorschiessen)
Freitag, 22. September 18.00–20.00 Uhr
Samstag, 23. September 9.00–12.00 Uhr
13.30–17.00 Uhr
Sonntag, 24. September 9.00–12.00 Uhr

SONNTAG, 24. SEPTEMBER 13.30 UHR

Absenden mit Nationalrat Benjamin Fischer und Nationalrat und Ständeratskandidat Gregor Rutz. Musikalische Unterhaltung.

Weitere Informationen und das Anmeldeformular für Gruppen, finden Sie auf unserer Website: svp-oberland.ch

SRG

200 Fr. sind genug!

srg-initiative.ch

Darum braucht es die SRG-Initiative:

- Obwohl die Qualität bei der SRG oft zu wünschen übrig lässt, zahlt die Schweizer Bevölkerung weltweit (!) mit heute 335 Franken die höchsten gerätunabhängigen Zwangsgebühren. Mit der Initiative müssen wir nur noch 200 Franken zahlen. Immer noch genug!
- Arbeitgeber und Gewerbler werden doppelt zur Kasse gebeten: Die Betriebe zahlen eine umsatzabhängige SRG-Gebühr, schnell mehrere Tausend Franken. Dies, obwohl alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber schon als Privatpersonen die Abgabe von 335 Franken zahlen. Diese ungerechte Doppelbesteuerung muss abgeschafft werden!
- Junge verdienen wenig und schauen fast kein TV. Trotzdem müssen sie jährlich 335 Franken zahlen für ein Angebot, das sie nicht konsumieren. Das ist unfair und unsozial!

Jetzt Volksinitiative unterschreiben

- Keine überflüssigen Gebühren fürs Gewerbe!
- Junge entlasten, die sowieso kein TV schauen!
- Nur noch 200 Franken zahlen!



SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

menik Ledergerber. Anmeldung durch Bezahlung von Fr. 60.–/Person (Apéro und trockenes Gedeck) auf IBAN CH25 0900 0000 8005 2149 0.

Bezirk Pfäffikon/Bauma
Freitag, 9. Juni 2023, 11.30 bis 13.30 Uhr, Polit-Lunch, Restaurant Schwendi, Bauma, mit Nationalrat Alfred Heer.

Bezirk Pfäffikon/Russikon
Freitag, 9. Juni 2023, 17.30 Uhr, Feierabendbier und Wurst, TCS-Parkplatz Bläsimühle, Russikon. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-russikon.ch.

Freitag, 8. September 2023, 18.30 Uhr, SVP-Herbst-Party, Schützenhaus, Russikon, mit Kantonsrätin Romaine Rogenmoser. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-russikon.ch.

Bezirk Uster/Mönchaltorf
Freitag, 15. September 2023, 19.30 Uhr, Grillabend, Rotblattstübli, Esslingen.

Bezirk Uster/Uster
Samstag, 17. Juni 2023, 10.00 bis 16.00 Uhr, Vereinstag, Stadtzentrum Uster.

Bezirk Winterthur/Neftenbach
Samstag, 10. Juni 2023, 09.00 Uhr, Standaktion, Gemeindehausplatz, Neftenbach, mit Nationalrätin Therese Schläpfer sowie den Kantonsräten Paul Mayer, Tobias Weidmann und Urs Wegmann.

Junge SVP Kanton Zürich
Sonntag, 18. Juni 2023, 15.30 bis 18.30 Uhr, Paintball-Event, Paintball 24 Arena, Witöfelistrasse, Schänis SG, Kosten: 89 Franken. Anmeldung an helfenberger@jsvp-zh.ch.

Stadt Zürich
Samstag, 17. Juni 2023, 10.00 bis 13.00 Uhr, Generalversammlung, FIFA Museum AG, Seestrasse 27, beim Bahnhof Zürich-Enge, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Stadt Zürich/Kreis 7 und 8
Samstag, 10. Juni 2023, 10.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Höschgasse, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 9
Samstag, 10. Juni 2023, 09.00 bis 11.00 Uhr, Standaktion, A-Park, Zürich-Albisrieden.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 10. Juni 2023, 10.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Röschiachplatz, Zürich-Wipkingen.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 10. Juni 2023, 09.15 Uhr, Besichtigung Flughafen Zürich, Treffpunkt 2 (Pass oder ID mitnehmen). Anmeldung bis 31. Mai 2023 an peter.schick@bluewin.ch. Anschliessend Apéro.

Samstag, 1. Juli 2023, 09.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 15. Juli 2023, 09.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Freitag, 25. August 2023, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich-Seebach, mit

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701
Der Zürcher Bote ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5% MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zuercherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch. **Abonnementspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Mattia Mettler, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

alt Nationalrat Christoph Mörgeli. Thema: Es braucht mehr SVP in Bern!

Sonntag, 17. September 2023, 10.00 bis 14.00 Uhr, Puurezmorge, Bauernhof Albert Schumacher, Katzenseestrasse 8, Zürich-Affoltern.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 9. Juni 2023, 18.00 Uhr, Podium zum Thema «Geopolitik & Versorgungssicherheit der Zukunft», Apéro ab 17.30 Uhr, aki, katholische Hochschulgemeinde, Hirschengraben 86, Zürich, u.a. mit Nationalrat Benjamin Fischer.

Samstag, 24. Juni 2023, 12.45 Uhr, Generalversammlung PIKOM, Gasthof zum Schützen, Schachenallee 39, Aarau, mit Re-

ferat von Nationalrat Benjamin Giezendanner. Anschliessend Apéro.

Mittwoch, 5. Juli 2023, 19.00 Uhr, Generalversammlung Bund der Steuerzahler (BDS), MZH Stiftung zum Glockenhaus, Sihlstrasse 33, Zürich, mit Referat von Nationalrat Alfred Heer. Anschliessend Apéro.

Samstag, 26. August 2023, 10.30 bis 14.30 Uhr, Wahlaufakt der SVP Schweiz, Swiss Life Arena, Vulkanstrasse 130, Zürich-Altstetten.

Freitag, 22. September 2023, bis Sonntag, 24. September 2023, SVP-Schiessen 2023, Vorschüssen am Freitag, 15. September 2023, Schiessanlage Oberhof, Tösstalstrasse 448, Fischenthal.

Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-oberland.ch/svp-schiessen-23.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, im UG Restaurant «Vis-à-Vis», Zürichstrasse 47, Bachenbülach.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, von 11.00–12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant «La Torre», Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 bis 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00–12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 31. Oktober 2023, 19.30 Uhr, Referat zur Neutralitätsinitiative, Gemeinde-saal Bonstetten, mit alt Bundesrat Christoph Blocher.

Bezirk Bülach/Eglisau
Dienstag, 20. Juni 2023, 20.00 Uhr, Referate, Pfarreizentrum, Salomon-Landolt-Weg 1, Eglisau, mit Nationalrat Thomas Matter und Kantonsrätin Nina Fehr Düsel. Anschliessend Apéro.

Bezirk Dielsdorf/Niederglatt
Freitag, 16. Juni 2023, bis Sonntag, 18. Juni 2023, SVP-Stand am Dorffest, Dorfplatz, Niederglatt. Nationalräte und Kantonsräte sind anwesend.

Bezirk Horgen
Donnerstag, 6. Juli 2023, 19.00 Uhr, Bezirkshöck, Restaurant Etzliberg, Etzlibergstrasse 14, Thalwil.

Bezirk Meilen
Donnerstag, 22. Juni 2023, 18.00 Uhr, Grillabend mit Peter Pfändler, Schlattgut, Schlattstrasse 67, Herrliberg, mit den Nationalräten Thomas Matter und Gregor Rutz sowie den Kantonsräten Nina Fehr Düsel und Do-

So stimmen Sie richtig für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung:

NEIN zum Verbot von Heizöl, Gas, Diesel und Benzin!

NEIN zu Mehrkosten von 6'600 Franken pro Person/Jahr!

NEIN zur Verschandelung der gesamten Schweiz!

Noch mehr bezahlen?

Mit einer Spende auf IBAN CH83 0023 5235 8557 0001 Y unterstützen Sie unseren Kampf für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung. Herzlichen Dank für Ihr Engagement.
SVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern www.stromfresser-gesetz-nein.ch

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 18. Juni 2023

Wollen Sie das Bundesgesetz vom 30. September 2022 über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG) annehmen?

Antwort
NEIN

Stromfresser-Gesetz NEIN
Bundesgesetz KIG